



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Reform der EU Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderung ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung mit einem Positionspapier zur zukünftigen EU-Umwelt- und Agrarpolitik in die Öffentlichkeit gegangen ist. Die Landesregierung wird aufgefordert ihre Agrar- und Umweltpolitik gegenüber dem Bund, der Europäischen Union sowie in Schleswig-Holstein auf wirksame Nachhaltigkeit auszurichten.

**Dafür müssen die neuen Herausforderungen Klima, Biodiversität, Wassermanagement, erneuerbare Energien und die Lissabonner Strategie für Beschäftigung und Bildung zum Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der ländlichen Entwicklungspolitik werden.**

Diese neue Offensive in der ländlichen Entwicklungspolitik und der Umweltpolitik erfordert:

- Finanzmittel sind in der Agrar- und Umweltpolitik in Gänze und auf 100 % der Fläche auf die oben genannten Nachhaltigkeitsziele hin auszurichten. Das gilt sowohl für die erste wie auch für die zweite Säule der GAP. Der bäuerliche ökologische Landbau erfüllt die genannten ökonomischen und ökologischen Ziele der ländlichen Entwicklung in besonderer Weise. Er muss daher als Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung wie bisher über eine eigenständige Förderung abgesichert sein.
- Die Mittel beider GAP- Säulen sind am Ziel der Beschäftigungswirksamkeit und einer Sicherung und Entwicklung vielfältiger Arbeitsplätze auszurichten. Zahlungen sind auch danach zu bemessen, wie viele Arbeitsplätze vorhanden sind oder geschaffen werden. Wettbewerbsverzerrung zu Lasten von Erzeugungsbereichen und Betriebsausrichtungen, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern und schaffen ist zu beenden.

Die Qualifizierung der Maßnahmen darf nicht durch lineare Kürzungen des bisherigen Fördersystems umgangen werden.

Mit der neuen Agrar- und Umweltpolitik soll gleichzeitig **ein Verwaltungsabbau** eingeleitet werden. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung für einen Abbau ineffizienter Kontrollauflagen Vorschläge erarbeitet.

Der Landtag erwartet von der anstehenden Reform der GAP Lösungen, mit denen eine **Überschusserzeugung an Märkten** für landwirtschaftliche Erzeugnisse vermieden werden kann.

**Nur faire Marktregeln ermöglichen ländliche Wirtschaftsentwicklung ohne neue Fördertöpfe.** Insbesondere folgende Punkte bedürfen einer klaren Positionierung durch die Landesregierung:

- ErzeugerInnen müssen sich organisieren können, um ihre Erzeugung flexibel am Bedarf der Märkte ausrichten zu können. Dafür sind rechtliche Möglichkeiten zu schaffen und abzusichern.
- Die vorhandenen Instrumente, wie z.B. die Milchmengenregelung, sind wirksam zu nutzen, um die Erzeugung sofort am Bedarf der Märkte auszurichten.
- Bündelungsoffensiven von ErzeugerInnen müssen auch von der Landesregierung politisch unterstützt werden.

Staatliche Marktinstrumente wie **Exportsubvention** und **Intervention** (öffentliche Lagerhaltung) sollen sofort **abgeschafft** werden.

Begründung:

Mit der Auseinandersetzung über die neue Finanzperiode der Europäischen Union ab 2013 sind auch die Überarbeitung der GAP und des Fonds für ländliche Entwicklung eingeleitet. Zusätzlich steht die Verteilungsdiskussion zwischen den europäischen Ländern, den EU 15- Ländern und den neuen Beitrittsländern, an. Auch zwischen den Bundesländern ist die bisherige Verteilung der Finanzströme neu zu justieren.

Vorab ist die Frage zu beantworten: Welche Ziele sollen mit der GAP erreicht werden? Hierfür sind die neuen Herausforderungen des so genannten Gesundheitschecks der GAP 2008, Klimaschutz, Biodiversität, Wassermanagement sowie erneuerbare Energien und die Ziele der Lissabonner Strategie Beschäftigung, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, Wissen und Bildung als Punkte zu nennen. Öffentliches Geld nur für öffentliche Ziele könnte so die Ausrichtung werden.

Die Auseinandersetzung ist begleitet von einer dramatischen Situation der öffentlichen Haushalte.

Kostenneutrale Maßnahmen, Regeln mit denen Erzeugungen am Bedarf der Märkte angepasst werden können, werden verhindert oder mit politischen Entscheidungen außer Kraft gesetzt. Dabei liegt hier eine der entscheidenden Möglichkeiten Wertschöpfung in ländlichen Regionen sicherzustellen.

Die Agrarpolitik greift zugleich wieder mit kostenträchtigen Marktmaßnahmen wie Exportsubventionen und Intervention in die Mottenkiste der Agrarpolitik. So werden mit Steuergeldern bei uns und in Ländern des Südens Märkte und Entwicklungen zerstört.

Es kann über neue Parameter ein erheblicher Verwaltungsabbau eingeleitet werden. So ist mit obligatorischen 5% der begünstigten Fläche für Begleitmaßnahmen, wie Saumgewässer und Knicks, ein wertvoller Beitrag zum Erhalt der Biodiversität und von Teilen der Kulturlandschaft möglich.

Mit einer klaren Positionierung der Umwelt- und Agrarpolitik des Landes kann hier auf den verschiedenen Ebenen entscheidender Einfluss auf die Wahl der Instrumente, die Wirksamkeit der Maßnahmen und die effiziente Mittelverwendung genommen werden.

Bernd Voß  
und Fraktion